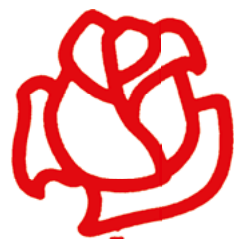


Monatsspiegel



Juni 2017



Adressaufkleber

SPD

Erlangen

Neustart bei der BayernSPD

Trotz der bundespolitisch für die SPD schwierigen Lage nach den Niederlagen bei den beiden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen: Der Landesparteitag der bayerischen SPD Mitte Mai war geprägt von Optimismus und Aufbruchstimmung. Und das erscheint durchaus berechtigt: Denn mit der Wahl von Natascha Kohlen zur neuen Landesvorsitzenden und mit einem deutlich verjüngten und weiblicheren Team an der Spitze der BayernSPD besteht viel Grund zu der Annahme, dass die SPD in Bayern die kommenden Jahre erfolgreicher bestreiten kann.

Dabei sollte man auch nicht vergessen: Aus dem absoluten Tief der bayerischen SPD in den Jahren 2008/2009 – mit den historisch schlechtesten Ergebnissen bei einer Landtagswahl (18,6 Prozent), Bundestagswahl (16,8 Prozent) und Europawahl (12,9 Prozent) – hat sich die BayernSPD schon in den Jahren unter Florian Pronold ein Stück weit herausgearbeitet. In allen Jahren seit 2009 hat die bayerische SPD gegenüber den Tiefständen wieder zugelegt und immerhin

wieder Ergebnisse über 20 Prozent erreicht. Und auch die finanziellen Folgen der schlechten Wahlergebnisse konnten unter Florian Pronold abgedefert werden: Maßnahmen wie die drohende Schließung von Geschäftsstellen in der Fläche wurden abgewendet, weil mit einer Kampagne zur Beitragserhöhung und -ehrlichkeit die Einnahmen der bayerischen SPD stabilisiert wurden. So konnte auch die Arbeit in der Landesgeschäftsstelle modernisiert und vor allem die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf die Höhe der Zeit entwickelt werden. Dafür schuldet die bayerische SPD Florian Pronold Dank für seine Arbeit in acht Jahren als Landesvorsitzender.

Aber: In den letzten Jahren war bei der BayernSPD wieder eine Stagnation wahrzunehmen. Statt den 2009 eingeschlagenen Kurs der Erneuerung fortzuführen und mit einem klaren politischen Profil eine Alternative zur CSU zu entwickeln, ist die bayerische SPD in alte Gewohnheiten zurückgefallen: Statt der Arbeit an Wahlerfolgen stand im Mittelpunkt wieder, „den Mangel gerecht zu verwalten“ (wie jemand im

■ Von Philipp Dees

Mitglied des SPD-Landesvorstands



Zuge der Listenaufstellung für 2017 äußerte); statt gemeinsamer Arbeit ging es um Bezirksproporz und Erhalt des eigenen Status quo. Die Folge war auch ein Absturz der SPD in den Wahlumfragen, gipfelnd in einer Prognose von nur noch 14 Prozent Anfang Januar 2017.

Deshalb war es richtig, dass Florian Pronold auf eine erneute Kandidatur als Landesvorsitzender verzichtet und so einen Neustart der BayernSPD ermöglicht hat. Und genauso war es richtig, für die Entscheidung nicht den in der BayernSPD üblichen Weg zu gehen – ein „Ausklügeln“ der Nachfolge und der weiteren Posten in der Führung zwischen den unterschiedlichen Interessen von Bezirken, Arbeitsgemeinschaften, Parlamentsgruppen und anderen –, sondern mit einer Mitgliederbefragung die Basis entscheiden zu lassen. Und diese hat

Fortsetzung auf Seite 3

■ Termine

06.06.	18:00	Jusos: Besuch Bergkirchweih	Venezia (Treffpunkt)	S. 16
07.06.	12:00	60plus beim Seniorennachmittag	Bergkirchweih, Schächtner's Zelt	S. 14
13.06.	14:00	60plus: Besuch Wohngemeinschaft „Vergissmichnicht“	Möhrendorf	S. 14
13.06.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Kulisse	S. 11
14.06.	18:00	AsF: Treffen	August-Bebel-Haus	S. 16
14.06.	20:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Bürgertreff Röthelheim	S. 11
19.06.	19:30	Fraktionssitzung (parteiöffentlich)	Rathaus, 14. OG	
20.06.	19:00	Distrikt Frauenaarach: Distriktsversammlung	Olive	S. 10
20.06.	19:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 12
20.06.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
20.06.	20:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Zur Einkehr	S. 14
21.06.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 9
22.06.	20:00	Kreismitgliederversammlung	ATSV	S. 3
26.06.	19:30	Fraktionssitzung (parteiöffentlich)	Rathaus, 14. OG	
27.06.	19:30	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Pizzeria Romano	S. 11
02.07.	10:00	60plus: Besuch Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände	August-Bebel-Haus (Abfahrt)	S. 14
03.07.	19:00	Fraktionssitzung (parteiöffentlich)	Rathaus, 14. OG	
04.07.	19:30	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 16
10.07.	19:30	Fraktionssitzung (parteiöffentlich)	Rathaus, 14. OG	

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
 Vorsitzender: Dieter Rosner
 Mitarbeiter: Patrick Rösch
 Friedrich-List-Straße 5,
 91054 Erlangen
 Telefon: 09131-8126522
 Fax: 09131-8126513
 E-Mail: buero@spd-erlangen.de
 Internet: www.spd-erlangen.de
 Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
 IBAN DE82 7635 0000 0000 0120 05

Bürozeiten:

Montag geschlossen
 Dienstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Mittwoch geschlossen
 Donnerstag 13:00 bis 16:00 Uhr
 Freitag 10:00 bis 12:00 Uhr

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
 Vorsitzende: Barbara Pfister
 Geschäftsführer: Patrick Rösch
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Telefon: 09131-86-2225
 Fax: 09131-86-218 1
 E-Mail: spd.fraktion@stadt.erlangen.de
 Internet: www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Dienstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Mittwoch 09:00 bis 13:00 Uhr
 Donnerstag 09:00 bis 13:00 Uhr
 Freitag geschlossen

Impressum

Herausgeber
 SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
 monatspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Gerhard Carl, Monika Fath-Kelling, Hans Hauer, Gerd Peters, Jens Schäfer (js), Ulrich Wagner

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

eine sehr klare Entscheidung getroffen: Mit 53,8 Prozent hat sie Natascha Kohnen gegen fünf Gegenkandidaten als Vorsitzende vorgeschlagen. Der Parteitag hat Natascha entsprechend mit 88 Prozent gewählt.

Natascha Kohnen hat einen anderen Stil der politischen Arbeit angekündigt: Statt vor allem als Gegenpol zur CSU aufzutreten, soll die SPD nun viel stärker für ihre eigenen Vorstellungen werben. Im Mittelpunkt sollen zentrale Themen der SPD stehen: Gute Arbeit im digitalen Zeitalter, bezahlbares Wohnen, eine moderne Familienpolitik und sozialer Zusammenhalt. Mit einer klareren und verständlicheren Sprache sollen diese Themen mit den Menschen in Bayern diskutiert werden, anknüpfend an deren konkrete Erfahrungen im täglichen Leben.

Wer Natascha auf dem Parteitag erlebt hat, der weiß: Sie kündigt diesen Wandel in der Arbeit der BayernSPD nicht nur an, sie will ihn auch tatsächlich durchsetzen. Und dafür ist auch die weitere Parteispitze aufgestellt: Die Hälfte des Teams sind Frauen, die Hälfte – Marietta Eder und Johanna Uekermann (beide stellvertretende Vorsitzende) sowie Thomas Goger (Schatzmeister) – übt kein hauptberufliches politisches Amt oder Mandat aus (Johanna Uekermann ist allerdings Bundestagskandidatin), die Hälfte ist neu in der Spitze – Marietta Eder, Johanna Uekermann und der neue Generalsekretär Uli Grötsch –, aber vor allem: Alle haben auf dem Parteitag ausgestrahlt, dass sie für den Erfolg der BayernSPD brennen und gemeinsam als Team mit aller Kraft für eine erfolgreichere BayernSPD arbeiten wollen.

Mitarbeiten an der Erneuerung werden auch gleich drei Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk Erlangen: Dirk Goldenstein vertritt wie bisher die Arbeitsgemeinschaft der Selbstständigen im Landesvorstand, Martina Stamm-Fibich und ich sind Beisitzerin bzw. Beisitzer. Auch wir wollen mit aller Kraft für den Erfolg der BayernSPD streiten.

Dabei ist klar: Die nächsten Monate und Jahre werden nicht einfach. Denn es gilt, die politische „Großwetterlage“ wieder zu drehen, aus dem Tief nach den Niederlagen der Landtagswahlen herauszukommen und erst die Bundestags- und dann im kommenden Jahr die Landtagswahl erfolgreich zu bestreiten. Das wird hart und anstrengend, und es gelingt nur, wenn die SPD optimistisch

und geschlossen in die Zukunft schaut – wobei „Geschlossenheit“ nicht heißt, nicht intensiv über den richtigen Weg und das richtige Programm zu diskutieren. Wer aber den Landesparteitag erlebt hat, der hat gesehen: Die BayernSPD will genau das tun: Hart ar-

beiten und gemeinsam kämpfen. Und wer Martin Schulz auf dem Parteitag erlebt hat, der hat auch gesehen: Auch er brennt für den Erfolg und lässt sich von den Wahlniederlagen nicht aus der Bahn werfen.

Packen wir's an!



Die neue Spitze der BayernSPD: Marietta Eder, Martin Burkert, Johanna Uekermann, Natascha Kohnen, Uli Grötsch und Thomas Goger

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 22. Juni 2017, 20.00 Uhr
ATSV Erlangen, Paul-Gossen-Straße 58

Als **Tagesordnung** schlagen wir Euch vor:

1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Neustart bei der BayernSPD
Diskussion mit Natascha Kohnen, Landesvorsitzende (angefragt)
3. Anträge
4. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
5. Verschiedenes

Leider konnte in der Woche zwischen Landesparteitag und Redaktionsschluss nicht geklärt werden, ob Natascha tatsächlich zur KMV kommen kann. Nach ihrer Wahl zur Landesvorsitzenden muss Natascha zunächst die Vielzahl von Terminanfragen „sortieren“, was in dieser Woche, auch angesichts des Feiertags, nicht mehr gelungen ist. Wir hoffen aber sehr, dass Natascha zusagt und werden euch per E-Mail informieren.

Dieter Rosner

Dirk Goldenstein

Sandra Radue

Rolf Schowalter wird 70

Viele weitere runde Geburtstage 2017 im Distrikt Tennenlohe

Der Distrikt Tennenlohe gratuliert seinem Vorsitzendem Rolf Schowalter zum 70. Geburtstag, den wir am 8. Juni bei ihm feiern werden.

Seit 40 Jahren bist Du Genosse, über 30 Jahre in Tennenlohe und die letzten 21 Jahre davon bist Du unser Vorsitzender im Distrikt Tennenlohe. Durch Deinen Einsatz ist der Tennenloher Distrikt einer der aktivsten im Kreisverband Erlangen.

Vor 14 Jahren hast Du die Redaktion unserer Distriktzeitung, den Tennenloher Bote, übernommen. Du schreibst



und redigierst Artikel und erstellst das Layout in nächtelangen Arbeitssitzungen. Das Blatt ist bekannt und wird im Ort als informative Nachrichtenquelle angesehen: „... das stand doch so im Tennenloher Bote“. Drei bis vier Ausgaben werden jedes Jahr von Dir erstellt.

Seit 2014 bist Du als Vorsitzender im Ortsbeirat tätig. Deine maßgebliche Handschrift bei Planung und Ausführung der 750-Jahr-Feier für Tennenlohe vor zwei Jahren war ein Meisterwerk. Als im letzten Jahr in Tennenlohe eine Unterkunft für Flüchtlinge eingerichtet wurde, war es vor allem Dir zu verdanken, dass sich ein positives Klima für die Aufnahme der Menschen entwickelt und sich ein großer Helferkreis gebildet hat.

Für die nächsten Projekte, Lärmschutz an der Autobahn, die Linienführung der StUB durch den Ort oder die Bundestagswahl im Herbst, wünschen wir Dir viel Kraft und Erfolg. Du bist nicht allein, der Distrikt steht hinter Dir und Deine

Ehefrau neben Dir seit 40 Jahren.

Wir wünschen Dir viel Gesundheit und immer Humor

Ein Jahr der runden Geburtstage im Distrikt Tennenlohe

Im Distrikt Tennenlohe können dieses Jahr viele weitere Mitglieder einen runden Geburtstag feiern. Trotz hohem Alter sind die meisten noch aktiv und bei den Distriktsitzungen und Veranstaltungen präsent.

- Lutz Reyer: 90 Jahre
- Heidrun Schroeder: 80 Jahre
- Alfred Opitz: 80 Jahre
- Dr. Werner Karr: 80 Jahre
- Irina Seide: 70 Jahre

■ Von Hans Hauer

Schriftführer im Distrikt Tennenlohe



- Wilhelm Horn: 70 Jahre
- Gert Büttner: 70 Jahre
- Klaus Speicher: 70 Jahre

Wir gratulieren den Geburtstagskindern, wünschen ihnen immer Gesundheit und freuen uns auf weitere gemeinsame Arbeit für die Partei.

Durch den Eintritt mehrerer junger Genossen/innen sehen wir die Zukunft unseres Distrikts auf einem guten Weg.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im Juni Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute!

01.06. Wolfgang von Rimscha
80 Jahre

03.06. Heinz Triftshäuser
87 Jahre

04.06. Karin Zwanzig von Taboritzki
79 Jahre

06.06. Ruhi Teksifer
82 Jahre

06.06. Thomas Hain
60 Jahre

06.06. Gisela von Rimscha
81 Jahre

07.06. Karl Gnad
87 Jahre

07.06. Walter Träg
73 Jahre

07.06. Walter Schweigert
65 Jahre

08.06. Rolf Schowalter
70 Jahre

09.06. Gerlinde Köhn
72 Jahre

09.06. Annette Fichtner
73 Jahre

11.06. Manfred Jelden
74 Jahre



12.06. Christa Schmitt
76 Jahre

12.06. Miroljub Kostic
70 Jahre

12.06. Johannes Staedtke
50 Jahre

16.06. Antje Junghänel
50 Jahre

17.06. Sabine Schweigert
60 Jahre

17.06. Gert Büttner
70 Jahre

30.06. Klaus-D. Löw
70 Jahre

30.06. Jolanda Klar
72 Jahre

(LGS-)Bürgersprechstunden in Frauenaarach Ein Erfolg auch ohne Happy End

(js) Die zweite Bürgersprechstunde in Frauenaarach hat diesmal im Rahmen einer Infoveranstaltung zur LGS stattgefunden. Der Distrikt hatte am 29. April – einem Samstagvormittag – zu einem Gespräch mit dem Oberbürgermeister ins Gasthaus Olive geladen. Dieser Einladung folgten etwa 50 BürgerInnen aus Frauenaarach, Kriegenbrunn und Hüttendorf, die sich in dem rappelvollen Saal zusammen drängten.

Nach einer kurzen Begrüßung und Einführung durch den Distriktvorsitzenden Jens Schäfer berichtete der OB in den folgenden zwei Stunden ausführlich über die bisherigen Planungen und die Chancen einer LGS. Dutzende Fragen wurden gestellt, viel Sorgen formuliert und auch die ein oder andere Kritik an den Planungen geübt. In gewohnt souveräner Art wurde auf jede Frage ausführlich eingegangen und für eine LGS im Jahr 2024 geworben.

Als pünktlich mit den Kirchenglocken um 12 Uhr die Veranstaltung beendet war, schienen der Großteil der Anwesenden einer LGS durchaus zugeneigt zu sein und besonders die Möglichkeiten des Mitwirkens bei den Planungen stieß auf positive Resonanz.

Schlussendlich hat das – wie wir anhand der gut 70-prozentigen Absage wissen – allerdings wohl nicht gereicht. Die Erlanger sind von einer LGS in ihrer Stadt nicht überzeugt und konnten es auch mit dieser Veranstaltung nicht werden. Das aber sollte uns nicht davon abhalten, auch in Zukunft aktiv in den Stadtteilen mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, in welcher Form auch immer. In Frauenaarach setzten wir weiterhin auf das Konzept der Bürgersprechstunde, bei der wir zu kleinen wie großen Themen Mandatsträger einladen, um in Kontakt zu bleiben. Eine weitere Veranstaltung zur Bundestagswahl ist bereits in Planung und wird sehr wahrscheinlich Anfang September stattfinden.

Redaktionsschluss

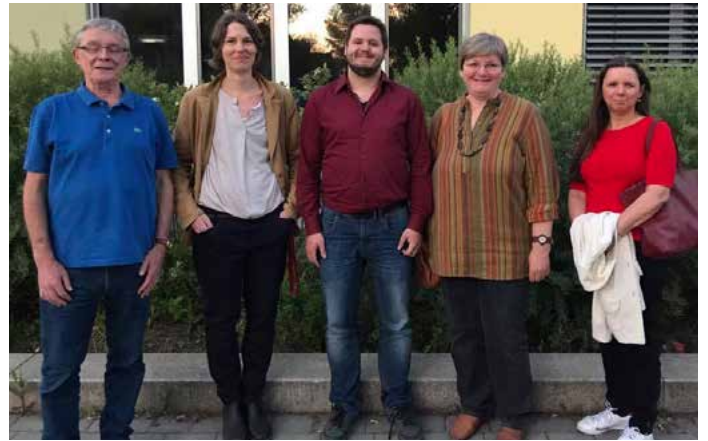
für den nächsten Monatsspiegel
Juli/August 2017
23. Juni 2017

Stadtteilbeirat Ost konstituierte sich

(pr) Im Stadtteil Ost hat sich im Mai der mittlerweile zweite Stadtteilbeirat konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Das Ziel des Stadtteilbeirats ist es, Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils zu sein und deren Anliegen und Interessen in den Stadtrat einzubringen.

Die SPD entsendet Patrick Rösch, Ute Guthunz und Khalil Bardag in das Gremium. StellvertreterInnen sind Maria Löhr, Felix Wosnitzka und Kathrin Frey-Schmitt. Patrick Rösch wurde in der konstituierenden Sitzung zum Vorsitzenden des Stadtteilbeirats gewählt. Seine Stellvertreterin ist Ute Guthunz.

Am Ende der Sitzung bedankte sich Patrick Rösch bei dem Oberbürgermeister und den Fraktionen im Stadtrat für



Die SPD-Mitglieder und ihre Vertreter im Stadtteilbeirat Ost: Felix Wosnitzka, Maria Löhr, Patrick Rösch, Ute Guthunz, Kathrin Frey-Schmitt (von links); Khalil Bardag war bei der Konstituierung verhindert

die Einführung der Stadtteilbeiräte, da diese ein wichtiger Schritt für die Bürgerbeteiligung sind. „Ich freue mich auf die vielen Herausforderungen und Themen, mit denen wir uns in den nächsten Jahren beschäftigen werden und hoffe, dass wir von vielen Menschen unseres Stadtteils dabei aktiv begleitet werden.“

Was ist Bürgerbeteiligung und was resultiert daraus?

Erklärungsversuche hinsichtlich bestehender Unzufriedenheit

1. Zur Definition

Es gibt Differenzen darüber, was eigentlich „Bürgerbeteiligung“ ist. Mal werden darunter eher klassische oder schon lange übliche Beteiligungsformen verstanden (Beteiligung z.B. von Vereinen, Verbänden). Mal wird damit die Beteiligung von nicht organisations- oder fachlich verankerten Bürgern beschrieben. Die schon seit langer Zeit übliche Beteiligung von Vereinen, Kirchen, Interessenorganisationen u. ä. wird im heutigen Verständnis vieler zu Recht nicht als ausreichende „Bürgerbeteiligung“ verstanden. Der traditionelle Ansatz ist und bleibt nützlich, dafür gibt es Satzungen und gesetzliche Regulierungen bzw. Spielregeln. Diese Art der Beteiligung ist aber nach heutigem Verständnis nicht ausreichend. Vielmehr ist die Einbeziehung von Betroffenen und inte-

■ Von Gerd Peters



ressierten Bürgern unbedingt notwendig, wobei eine frühzeitige Information über geplante Vorhaben Voraussetzung ist. Nur so können sich die Bürgerinnen und Bürger ein Bild machen, bevor Festlegungen von Seiten der Kommune erfolgt sind, die alternative Überlegungen nicht mehr möglich machen.

2. Zur Bedeutung von Bürgerbeteiligung

Bürger können bei der Gestaltung konkreter kommunalpolitischer Projekte sowie grundsätzlicher Fragen von Kommunalpolitik mitwirken. Ideen der

Stadtverwaltung sollten dabei möglichst frühzeitig zur Diskussion gestellt werden. Dazu gehört auch eine Begründung, warum die gewählte Variante und nicht eine andere mögliche Variante bevorzugt wird. Bürgerbeteiligung darf nicht als Alibi verstanden werden für bereits bestehende Festlegungen. Ohne Information entsteht zwangsläufig Verdross in der Bürgerschaft. Aber nur zu informieren, ist noch keine Bürgerbeteiligung, weil damit keine offene Fachdiskussion verbunden ist. Das ist mit Zeitbedarf verbunden. Ein intensives Gespräch zwischen Stadt und Bürgern mag zwar etwas mehr Zeit erfordern, es sorgt aber dafür, dass die Akzeptanz des kommunalen Geschehens bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich größer ist. Wichtig ist, klar zu kommunizieren, wozu beteiligt wird und warum zum Beispiel die Bürger nur informiert werden, weil rechtliche Rahmenbedingungen oder bestehende nicht variable Voraussetzungen existieren.

Vermieden werden muss jedweder Eindruck, dass Bürgerbeteiligung nur eine Scheinveranstaltung ist. Maßstab für die Bewertung der gefundenen Problemlösung kann auch das politische Ausgangsverständnis der Entscheider sein. Dann muss das auch kommuniziert werden. Am Ende steht immer die Entscheidung der städtischen Gremien oder der Bürgerentscheid.

3. Kommunale Praxis in Erlangen.

Die Bürgerbeteiligung fällt unterschiedlich aus. Mal ist sie perfekt wie in Sachen Stadt-Umland-Bahn. Mal aber auch werden Potenziale für Bürgerbeteiligung nur unzureichend ausgeschöpft, weil die Beteiligung der Bürger erst vergleichsweise spät oder nur unzureichend stattfindet: Nämlich wenn die intern agierende Verwaltung einen detaillierten Vorschlag bereits weitgehend erarbeitet hat und erst dann der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit geboten wird, ihre Meinung zu den Vorschlägen zu äußern. Da aber all zu leicht der erarbeitete Vorschlag der Verwaltung qua Definition als der „wahre und gute“ Vorschlag angesehen und verteidigt wird (was natürlich bequem ist), sind die Möglichkeiten für Verbesserungen durch Anregungen der Öffentlichkeit eher begrenzt. In der Sache engagierte Bürger haben dann nicht selten nur wenige Chancen, dass ihre abweichenden Vorstellungen und Ideen Berücksichtigung finden. Einzige

Möglichkeit, die konkurrierende Position durchzusetzen, ist dann nur die Beantragung eines Bürgerentscheides.

Erstes Beispiel: Soziale Infrastruktur in Büchenbach

Ausgehend von konkreten Erfahrungen und statistischen Daten der Stadt zeigt sich, dass es soziale Problemlagen in erheblichem Maße gibt. Im Distrikt West gab es in den letzten Monaten hierüber gründliche Diskussionen. Dabei spielten die vage bekannten Planungen im Bereich Bamberger Straße / Odenwaldallee eine wesentliche Rolle. Eine konkrete öffentliche Information (und damit auch verbundene Diskussion) über die geplante bauliche Verdichtung durch die Gewobau fand bisher nicht statt. Lediglich Gruppen von Sozialarbeitern, Vertretern der Bewohner und Kirchen wurden konsultiert. Erkennbar für die interessierten Bürger ist nicht, dass und was geplant ist. Mittelbar zugehörige Aspekte bezüglich sozialer Bedarfe blieben weitgehend außen vor und wurden nicht in notwendiger öffentlicher Breite diskutiert. Insbesondere zwei bestehende Problembereiche sind zu nennen: Es fehlt ein sozialer Treffpunkt sowohl für Kommunikation als auch für Betreuung und wenn möglich für Essensversorgung für Ältere (als sie in den frühen siebziger Jahren einzogen, waren sie jung). Erörterungen über Jugendarbeit im Bereich wären nötig. Die „Scheune“, ursprünglich als Zentrum für Jugendarbeit entstanden, kann eine solche Funktion wegen ihrer Randlage am Nordast des Adenauerringes gegenwärtig und auch schon länger in der Vergangenheit nur unzureichend ausüben. Bereits bald nach dem Start der „Scheune“ zeichnete sich ab, dass es ein schwer lösbares Problem gibt: Auf der einen Seite gab es die „Wohlsituierten“ aus dem Bereich „Reuth“, auf der anderen Seite die weniger Privilegierten aus dem Umfeld der Büchenbacher Anlage. Es könnte sich lohnen, darüber nachzudenken, der „Scheune“ eine andere veränderte Funktion zuzuweisen und ein entsprechendes neues (zusätzliches) Angebot im Bereich der Büchenbacher Anlage zu etablieren. Der Distrikt lud wegen dieser Probleme deshalb einen kompetenten Vertreter der Stadt für diese Diskussion ein. Ein ausführliches Vorgespräch mit dem eingeladenen Referenten fand statt. Dieser schickte ohne eigene Absage kurzfristig einen Vertreter. Das Ergebnis: Über ein relativ allgemeines

Gespräch kam man (gewollt?) nicht hinaus, eine konkrete Diskussion über Ansätze der Problemlösung kam nicht in Gang.

Zweites Beispiel: Wie geht es weiter mit der Entwicklung im Bereich Büchenbach?

Hier befindet sich der größte Flächenbereich für weitere Bebauung in Erlangen. Bei der gegebenen Bevölkerungsexpansion in Erlangen und den damit verbundenen Problemen fragt man sich, wie es mit der Bebauung in Büchenbach weitergehen könnte. Man hört manchmal ein Raunen über geplante bauliche Verdichtung, über die Bebauung von bisher nicht für Bebauung vorgesehene Flächen, über Potenziale von freiwerdenden Flächen des Bezirkskrankenhauses-Bereiches. Nichts hört man bisher über die Nutzung von bisher großen landwirtschaftlichen Flächen für Wohn- oder Gewerbebebauung. Sicher wird im Rahmen der Stadt fleißig gewerkelt, aber nach außen gerät kaum etwas. Wenn das so läuft, kann sich keine öffentliche Meinung bilden als Voraussetzung für künftiges Tun. Vielleicht gibt es ja auch schon Aufträge an externe Büros zwecks Bebauungsplanung. Eigentlich wäre das ein Musterfall für Bürgerbeteiligung. Oder? Wenn man sich überlegt, wie man die Diskussion in Angriff nehmen könnte, wäre eine Diskussion über „Büchenbach in zehn Jahren“ interessant und nützlich. Anschließend könnte dann zu aktuellen Einzelthemen eine Bürgerbeteiligung nach Bedarf und Zweckmäßigkeit zwischen Stadt und interessierten Bürgern stattfinden. Nur so könnte sich allmählich ein Problemverständnis der Bürgerschaft bilden als Voraussetzung für eine Mitwirkung. Ein kleines Beispiel aus der Gegenwart: Bei frühzeitiger Einschaltung von Bürgern sähe der Rudeltplatz sicher anders, menschengerechter aus.

Positiv anzumerken ist, dass der Referent für Stadtplanung, Herr Weber, bereit ist (wie auch bei früheren Themen) zu informieren und mit dem Distrikt West im Juni zu diskutieren.

4. Zum Verhältnis Bürgerbeteiligung und Bürgerentscheid

Eigentlich – idealtypisch – passen beide Verfahren zur Entscheidungsfindung im kommunalen Bereich gut zusammen. Bürgerbeteiligung sorgt dafür, wenn sie ernst genommen wird, dass Interessen von Bürgern so weit wie möglich

in die Kommunalpolitik begleitend eingebracht werden. Ein Bürgerentscheid steht an, wenn zwei unterschiedliche Gestaltungskonzepte miteinander konkurrieren und ein Kompromiss nicht möglich oder nicht gewollt ist. Wegen des Aufwands für Bürgerentscheide sollten diese letztes Mittel sein, nicht aber die Regel. Sinnvoll ist es frühzeitig mit allen am Thema interessierten Bürgerinnen und Bürgern das Gespräch zu suchen. Die Wahrscheinlichkeit, dass es dabei gute Vorschläge gibt, ist groß. Die Verwaltung mag fachlich kompetent

sein, aber zur Kompetenz in der Kommune gehört auch, dass die Kompetenz der Bürgerinnen und Bürger als ernsthaft / gleichrangig angesehen wird. Fachliche / berufliche Kompetenz von Stadtverwaltung und Stadtratsgremien haben naturgemäß sowieso gute Chancen, eigene Positionen durchzusetzen. Deshalb dürften die dort Tätigen eigentlich keine „Angst“ vor Ideen der Bürger oder von außen haben. Und die Zufriedenheit in der Bürgerschaft mit der Kommunalpolitik wäre mit Sicherheit deutlich größer.

5. Und die Quintessenz:

Es gibt in Erlangen viele gute Ansätze für Bürgerbeteiligung. Ein großes Engagement der Bevölkerung für das „Mitmachen“ ist zu beobachten. Vielleicht ist der Erfolg des Bürgerentscheides zum Thema „Landesgartenschau“ in einer Beziehung auch positiv zu würdigen: Man kann daraus lernen, wie man in Zukunft eine Bürgerbeteiligung nicht machen sollte. In diesem Fall fehlte es an ausreichender sowie an konkreter frühzeitiger Information.

Herausforderungen der Städtebaupolitik – Schlussfolgerungen für das Bundestagswahlprogramm

Bezahlbares Wohnen ist ein bedeutendes Thema – nicht nur in Erlangen, sondern bundesweit. Die Städtebaupolitik ist darüber hinaus auch im Hinblick auf umweltpolitische Fragen Gegenstand politischer Diskussionen geworden. Dabei offenbart sich ein Zielkonflikt zwischen zwei Herausforderungen: Auf der einen Seite dem Ziel einer sozial integrierten Stadtgesellschaft und auf der anderen Seite dem Ziel eines umweltgerechten Städtebaus. Die Hauptlast der Städtebaupolitik liegt dabei bei den Städten und Gemeinden. Deren Bemühungen finden aber in einem bundes- und landesrechtlichen Rahmen statt – auch auf Bundes- und Landesebene besteht weiterer Handlungsbedarf.

Die soziale Dimension

Schon seit einigen Jahren wird in der Planungswissenschaft das Phänomen der „sozialen Segregation“ problematisiert. Es besteht die zunehmende Gefahr, dass sich die am Arbeitsmarkt bestehende Spaltung – hervorgerufen durch befristete und prekäre Beschäftigungsverhältnisse – räumlich niederschlägt. Während Wohnraum im Innenstadtbereich zunehmend teurer wird, werden weniger kaufkräftige BürgerInnen mehr und mehr an den Rand der Städte gedrängt. Es droht eine sozial und räumlich gespaltene Stadtgesellschaft zu entstehen. Damit soziale Integration ermöglicht und soziale Segregation vermieden wird, ist vor allem bezahlbarer Wohnraum vonnöten. Ne-

ben dem günstigen Neubau von Wohnungen sind vor allem Maßnahmen erforderlich, um dem Anstieg von Mieten bzw. Preisen von Wohnungen zu begegnen. Daneben ist aber auch die Schaffung eines attraktiven öffentlichen Raumes mit Grünflächen und sozialen bzw. kulturellen Einrichtungen erforderlich, um soziale Integration zu fördern – all diese Maßnahmen beanspruchen vor allem Platz.

Die umweltpolitische Dimension

Auch der Umweltschutz stellt eine Herausforderung der Städtebaupolitik dar. Klimawandel, Artenschutz und Flächenverbrauch sind die drei Hauptprobleme in diesem Bereich. Um dem Klimawandel entgegen zu wirken, ist eine deutliche Senkung der CO₂-Emissionen erforderlich – nach dem Klimaschutzplan der Bundesregierung bis 2050 um bis zu 80 bis 95 Prozent. Dies lässt sich nur durch Energieeinsparung erreichen. Nötig ist daher eine entsprechende Ausstattung der Gebäude. Das bedeutet aber auch: Erforderlich sind finanzielle Aufwendungen, um diese Ausstattung herzustellen. Der Artenschutz im städtischen Bereich erfordert die Anlage von Grünflächen. Das Problem des Flächenverbrauchs stellt eine weitere, große Herausforderung dar: Bislang unbebaute Flächen am Rande der Städte und Gemeinden werden zunehmend bebaut – nach Angaben des Bundesumweltministeriums werden derzeit durchschnittlich etwa 66 Hektar unbe-

■ Von Ulrich Wagner



bauter Fläche pro Tag neu in Anspruch genommen. Erklärtes Ziel ist es hierbei, den Flächenverbrauch langfristig auf unter 30 Hektar pro Tag zu senken.

Der Zielkonflikt

Es zeigt sich damit ein Zielkonflikt: Zur Sicherstellung sozialer Integration müssen Flächen für neuen Wohnraum und den öffentlichen Raum bereitgestellt werden; zudem muss günstig gebaut und vermietet werden. Dem stehen jedoch höhere Kosten für die klimafreundliche Ausstattung der Gebäude entgegen. Aus umweltpolitischer Sicht kann zudem der Außenbereich wegen des Problems des Flächenverbrauchs nur begrenzt in Anspruch genommen werden; auch auf den Innenbereich kann nur begrenzt zurückgegriffen werden: Zu hohe Dichte vermindert die Wohnqualität. Die Devise „Bauen, Bauen und nochmals Bauen“ (MdB Kai Wegner, CDU/CSU) stößt also früher oder später an rein tatsächliche Grenzen. Neben dem Neubau von Wohnungen muss daher auch Einfluss auf die Mieten genommen werden. Darüber hinaus müssen Bauherren bei der klimafreundlichen Ausstattung ihrer Gebäude unterstützt werden, um die Baukosten zu beeinflussen.

Städtebaupolitische Maßnahmen in den vergangenen vier Jahren

In den vergangenen vier Jahren wurden, auf unser Betreiben hin, auf Bundesebene einige Maßnahmen ergriffen, um diesen die Städte und Gemeinden bei der Lösung dieses Zielkonfliktes zu unterstützen. Hier eine Auswahl:

- Die Städtebauförderung wurde auf ein sehr hohes Niveau angehoben (2017: 790 Millionen Euro; zusätzlich 200 Millionen Euro für soziale Integration; Einzelheiten können dem Stadtentwicklungsbericht der Bundesregierung entnommen werden);
- die Mittel für sozialen Wohnungsbau wurden insgesamt verdreifacht (2017: 1,5 Milliarden Euro) – ein wichtiger Beitrag zur Schaffung bezahlbaren Wohnraumes;
- das Wohngeld wurde erhöht;
- auch die Mietpreisbremse leistet ihren Beitrag;
- eine Änderung der Baunutzungsverordnung erhöht die stadtplanerische Flexibilität der Kommunen.

Weitere Forderungen

Bereits Ende 2019 droht die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den

Bund wegzufallen (Art. 143c Abs. 1 GG). Eine weitere Förderung ist nur möglich, wenn das Grundgesetz geändert wird. Um einem Anstieg der Mieten besser entgegenzutreten zu können und den Neubau von bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen, sollte zudem eine Förderung von nicht profitorientierten Wohnungsbaugesellschaften aus Bundesmitteln angestrebt werden. Darüber hinaus muss das klimafreundliche Bauen gefördert werden – dies hält die Baukosten gering. Das geplante Gebäudeenergiegesetz (GEG) bietet (in der aktuellen Entwurfsfassung) eine Grundlage für die Förderung entsprechender Projekte, die noch weiter ausgedehnt werden sollte. Zuletzt ist eine verstärkte Förderung strukturschwacher Regionen, insbesondere auch des ländlichen Raumes, zu empfehlen: Während viele Städte wachsen, schrumpfen strukturschwache Regionen. Wird der ländliche Raum gestärkt, so werden die Städte entlastet.

Das Bundestagswahlprogramm 2017

Der Entwurf für das Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 greift viele dieser Gedanken auf; beispielsweise

sollen

- Investitionsanreize für attraktiveres Bauen geschaffen werden,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz verbessert werden,
- der soziale Wohnungsbau auch nach 2019 mit Bundesmitteln gefördert werden,
- die Mietpreisbremse verbessert werden;
- die Möglichkeiten, die Miete nach Umbaumaßnahmen zu erhöhen, begrenzt werden,
- nicht-profitorientierte Wohnungsbaugesellschaften gestärkt werden,
- der ländliche Raum verstärkt gefördert werden.

Alle diese Maßnahmen – die nur eine kurze Auswahl darstellen – werden dem dargestellten Zielkonflikt gerecht: Sie unterstützen Bauherren, günstig und doch klimafreundlich zu bauen und sorgen zugleich dafür, dass Mieten und Preise nicht zu hoch steigen. Vorbehaltlich erforderlicher Anpassungen im Einzelnen: Der Entwurf für unser Regierungsprogramm ist eine gute Grundlage für die Städtebaupolitik auf Bundesebene.

Rebecca Friedrich
Kundenberaterin in der Geschäftsstelle
Herzogenaurach – Haydnstraße

Bankwechsel¹ ist einfach.
Kommen Sie jetzt zu uns!

sparkasse-erlangen.de

Jetzt auch mit
paydirekt

direkt GIRO – das kostenlose²
Online-Konto bietet Ihnen umfangreiches
und sicheres Online- und Mobile-Banking
via PC, Tablet und Smartphone-App.

Alle Informationen erhalten Sie bei unseren Beratern oder unter
Telefon 09131 824-500 (Mo. – Fr. jeweils von 8:00 bis 20:00 Uhr).

¹ Gemäß Zahlungskontengesetz sind alle Banken verpflichtet, Ihren Kontowechsel innerhalb von 10 bis 12 Tagen ab Beauftragung für Sie abzuwickeln.
² Entgelte für Online-Banking: chipTAN-Generator einmalig 16,09 € inkl. Versand; smsTAN 0,09 € und pushTAN 0,04 € pro Benachrichtigung. Stand: 02/2017

S Sparkasse Erlangen

Aus dem Bauch gesprochen:

Protest! Zwei Gedanken zum Thema

Beim Protest handelt es sich um eine reaktive, also antwortende Kommunikationsform, die an andere adressiert, sie mögen doch bitte „ihrer Verantwortlichkeit“ nachkommen. Man protestiert gegen etwas, macht seiner Unzufriedenheit über etwas Luft. Obwohl sich das Wort Protest eigentlich herleitet von „pro testari“- „für etwas eintreten“.

Interessanterweise muss die eigentliche Ursache der Unzufriedenheit nicht einmal in direktem Zusammenhang stehen mit dem Auslösemoment eines Protests. Da wird beispielsweise gegen „Überfremdung der Heimat“ oder die „Islamisierung des Abendlands“ protestiert, obwohl die Hosen eigentlich voll sind wegen der fortschreitenden wirtschaftlichen Prekarisierung der eigenen Existenz. Natürlich belastet dieses „jede*r ist jederzeit ersetzbar“, noch dazu schneller und umfassender als es dem Einzelnen dämmern will. Gleichwohl: Wert- oder nutzlos ist er jedoch nur im Sinne der krankhaften Ökonomisierung jeglichen Lebensausdrucks. („Humankapital“)

Warum die Menschen dann aber stark dazu neigen, eher einer Partei ihre Stimme zu geben, die Ängste instrumentalisiert und mit Hilfe dieser Klaviatur der Angst genau diese Ideologie des Geldwerts weiter voran treibt?

Das bleibt für mich das große psychologische Rätsel der Politik...

Einer Partei zu attestieren, sie sei „seelisch verwirrt und manisch depressiv“ (Hans-Ulrich Jörges im Stern N24) ist eine neue Qualität in der medialen „psychologischen Kriegsführung“. Die „alte Tante SPD“, verbraucht, verwirrt, depressiv. Laut sagen darf mans ja nicht, aber: Am besten ab mit ihr ins Heim und seniorengerecht zu Ende gepflegt. Das ist griffig, stimmt mit der Lebenswirk-

lichkeit vieler überein, tja, der Lauf der Dinge halt ... Was passiert da gerade?

Wir sollten lautstark und vehement gegen diese personalisierende Reduzierung unserer Partei protestieren. Wir sind nämlich nicht eine „alte Tante“ sondern eine wichtige, große Gemeinschaft, die unsere Gesellschaft aktiv mitgestalten will. Die für eine Politik des Friedens, für Chancengerechtigkeit, für nachhaltiges Wirtschaften eintreten will.

Politik funktioniert nicht mit dem Glauben an die Zauberkraft eines großen Meisters. Kandidat Schulz braucht also kein Zauberer zu sein, aber wir

■ Von Monika Fath-Kelling



müssen schon an die politische Kompetenz unserer Partei glauben. Im Sinne von „überzeugt sein“, wir dürfen uns nicht kleinreden lassen. Denn politische Kompetenz speist sich letztlich aus unseren Überzeugungen und unserem persönlichen Engagement. „pro testari“, für unsere Sache eintreten, auch bei Gegenwind und widriger Witterung.

Für den Erhalt der Freizeitfläche neben dem Manhattan-Kino

Die Stadt hat ein „Interessenbekundungsverfahren“ für die Freizeitfläche an der Ecke Goethe- und Güterhallenstraße ausgeschrieben. Die Bewerber können darlegen, wie sie vorhaben, die Freizeitfläche für eine kulturelle Nutzung städtebaulich zu entwickeln.

Der Stadtrat kann noch entscheiden, dort die kleine Freizeit- und Spielplatzfläche zu erhalten. Ich meine, die wertvolle Grünanlage sollte im Interesse der Bürgerinnen und Bürgern, besonders Familien mit Kindern, Seniorinnen und Senioren als Aufenthaltsort qualitativ aufgewertet werden (mehr Grün, Neugestaltung mit einem Konzept im Spielbereich für Kinder).

Im Dialog mit den Anwohnern, den Naturschutzorganisationen oder Denkmalschützern sollte es doch möglich sein, eine gute Lösung zu finden.

Die Grünfläche bietet nicht nur Er-

■ Von Gerhard Carl

holungsmöglichkeiten und Kommunikationsraum für die Bürgerinnen und Bürger in der Innenstadt, sondern beispielsweise auch Lebensraum für Vögel, Insekten und anderen Tierarten.

Es müsste gelingen, dass sich Wohnraum, Grün und Gewerbe nicht ausschließen. Die Attraktivität einer Stadt wird in Zukunft noch viel stärker daran gemessen werden, wie viel Grün sie zu bieten hat, ob die Umgebung der Wohnung oder des Arbeitsplatzes aus einer Betonwüste besteht oder aus begrünten Plätzen, Straßen oder bewachsenen Fassaden. Grün tut vor allem auch dem Mikroklima gut.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

**Mittwoch, 21. Juni,
19 Uhr, Schützenhaus**

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Christian Maurer

■ **Distrikt Eltersdorf**

Vorsitzender:

Christian Maurer
christian2401@t-online.de

■ Distrikt Frauenaarach

Vorsitzender:

Jens Schäfer

schaefers-jens@gmx.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 20. Juni, 19 Uhr, Olive

Vor der Sommerpause treffen wir uns
dann noch am 11. Juli, 19 Uhr, ebenfalls
in der Olive.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Distriktsver- sammlung vom 11. April

1. Bericht aus den Ortsbeiräten

Kriegenbrunn:

- Bürgerhaus: Für dieses Thema wurde eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Ortsbeirat, Ortsring und FFW, gegründet, die sich in regelmäßigen Abständen trifft, um die Anforderungen der Kriegenbrunner zu Papier zu bringen. Ein erstes Treffen mit der Stadt, der Gewobau und dem Architekten hat bereits stattgefunden.

Der ungefähre Zeitplan sieht folgendermaßen aus: zunächst die grobe Planung, der Bauantrag, der Werkplan und anschließend der Bau selbst. Bei einer Bauzeit von ca. 15 Monaten könnte im idealen Fall eine Einweihung Mitte 2019 möglich sein.

- Schleuse Kriegenbrunn: Trotz mehrfacher Anfrage hat es keine neuen Informationen zur Schleuse gegeben. Einzig die Radverbindung zwischen Frauenaarach und Bruck ist vom Stadtrat genehmigt worden. Wann die Umsetzung stattfinden wird, ist bisher nicht bekannt.
- Randsteine im Ortskern Kriegenbrunn: Nach der letzten Sitzung des Ortsbeirates gab es im November 2016 ein Treffen mit allen betroffenen Anwohnern. Insgesamt wurde über drei Varianten diskutiert und abgestimmt, die vorher zusammen mit dem Eigenbetrieb Stadtgrün erarbeitet wurden. Zur Abstimmung waren über 30 betroffene Anlieger anwesend. Die große Mehrheit hat sich für die Variante 2 ausgesprochen. Hierbei werden die Steine von 76 auf nur noch gut ein Dutzend reduziert. Die Standorte der verbleibenden Steine beschränken sich auf Kurven und Stellen, an de-

nen keine Holzpfosten errichtet werden können. Ansonsten werden die Steine durch Holzbarrieren (Höhe ca. 70 cm) ersetzt. Patenschaften für die Bepflanzung der Holzbarrieren konnten leider nicht gefunden werden. Die Umsetzung der Maßnahme war in der 14. Kalenderwoche.

Frauenaarach: Einziges Thema der außerordentlichen Sitzung war die Südumgehung in Neuses. Eine Hochrechnung für das Verkehrsaufkommen im Jahr 2025 hat eine deutliche Erhöhung der Verkehrszahlen ergeben. Eine Steigerung in Neuses/Niederndorf von 14.000 auf 17.000 Fahrzeuge täglich und auf der Nordumgehung von 26.000 auf 35.000 Autos am Tag.

Durch Ampeln und Tempo-30-Zone sowie LKW-Verbot soll das Durchfahren durch Neuses/Niederndorf so unattraktiv wie möglich werden.

Die alte Bahnlinie gehört nun der Stadt Herzogenaurach und wird so überbaut, dass auch in Zukunft eine Bahnstrecke möglich wäre.

Damit die Fahrradwege in Zukunft kreuzungsfrei sind, werden rechtzeitig vor Baubeginn Unterführungen gebaut werden.

2. Bürgerentscheide

Die Organisation der Veranstaltung am 29. April in der Olive sowie für die Flyerverteilung wurde besprochen.

3. Sonstiges

Die nächsten Sitzungen finden statt am 9. Mai und 13. Juni.

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Protokoll der Distriktsver- sammlung vom 9. Mai

1. Bürgerentscheide

Die Landesgartenschau wird mit 69,3 Prozent der Stimmen gestoppt, Erba wird mit 59 Prozent der Stimmen abgerissen. Die Ergebnisse der in unserem Distrikt liegenden Wahlbezirke sind wie folgt (Hinweis: Die Wahlbeteiligung bezieht sich nur auf die Wählerinnen und Wähler, die keine Briefwahl beantragt haben):

- Frauenaarach-Ost: LGS: Beteiligung 39,4 Prozent, Ja 76,0 Prozent; Erba-Siedlung: Beteiligung 39,4 Prozent, Ja 46,4 Prozent

- Frauenaarach-West: LGS: Beteiligung 34,5 Prozent, Ja 73,2 Prozent; Erba-Siedlung: Beteiligung 34,5 Prozent, Ja 44,7 Prozent
- Kriegenbrunn: LGS: Beteiligung 45,4 Prozent, Ja 71,9 Prozent; Erba-Siedlung: Beteiligung 45,2 Prozent, Ja 30,3 Prozent
- Hüttendorf: LGS: Beteiligung 42,4 Prozent, Ja 71,5 Prozent; Erba-Siedlung: Beteiligung 42,4 Prozent, Ja 32,3 Prozent

2. Infoveranstaltung LGS

Die Infoveranstaltung zur LGS am 29. April war gut besucht. Ca. 50 BürgerInnen aus den Ortsteilen waren zu einer gut zweistündigen Diskussion gekommen. Detaillierter Bericht im Monatsspiegel.

3. UB Parteitag

Die Wahlen haben keine besondere Überraschung beinhaltet. Dirk ist weiterhin Vorsitzender. Hartmut ist Vorsitzender der AG 60plus. Am Bundesparteitag wird uns Munib vertreten.

4. 750 Jahre Frauenaarach

Das Bürgerfest findet am 8. Juli im Ortszentrum (Herdegenplatz, Wallen-

rodstr.) statt. Viele Vereine nehmen teil. Kulinarisch und kulturell ist einiges geboten. Amtshausschüpfla macht eine Ausstellung. Führung durch Kirche und mit dem Nachtwächter durch den Ort.

5. Gebühren Distriktskonto

Die Sparkasse hat die Kontoführungsgebühren für das Distriktskonto angehoben. Bisher hat das Konto im Quartal knapp 8 Euro gekostet, seit April belaufen sich die Kosten auf 5 Euro im Monat. Da diese Gebühren sehr hoch sind, müssen wir uns über Alternativen Gedanken machen. Hartmut spricht mit dem Kassier des Kreisverbands darüber und berichtet in der nächsten Sitzung darüber.

6. Sonstiges

- Im Rahmen der Kanalsanierung im Lagerlöffweg wird auch Elektrik für Beleuchtung verlegt. Ein Antrag, der durch die SPD Frauenaarach schon vor vielen Jahren gestellt wurde.
- Nächste Sitzungen am 20. Juni und 11. Juli

Für den Vorstand
Jens Schäfer

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich lade euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am 13. Juni, 20 Uhr, Kulisse

Vor der Sommerpause treffen wir uns dann noch am 11. Juli, 20 Uhr, Nebenraum Kulisse.

Solidarische Grüße
Monika

■ Distrikt Innenstadt

Vorsitzende:

Monika Fath-Kelling
Telefon: 897065
kellingmo@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächste Sitzung findet statt am

Dienstag, 27. Juni, 19:30 Uhr, Pizzeria Romano (Brückenpaulus),

Schronfeld 74

Die Tagesordnung wird rechtzeitig per Mail versendet.

Solidarische Grüße
Munib

■ Distrikt Ost

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_gha@hotmail.com

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer nächsten Sitzung am

Mittwoch, 14. Juni, 20 Uhr, Bürgertreff Röthelheim, Berliner Platz 1

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Nominierung Stadtteilbeiräte
2. Aktuelles aus dem Stadtrat
3. Sonstiges

Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Erscheinen.

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter

■ Distrikt Süd

Vorsitzende:

Brigitte Rohr

Kontakt:

Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Protokoll der Jahreshauptversammlung am 26. April

Berichte

Distriktvorsitzende Brigitte Rohr und Kassenwart Robert Thaler informierten komprimiert über die abgelaufene Periode. Zu Letzterem ist als Fazit festzustellen, dass der Kassenbestand bei derzeit ca. 200 Euro liegt und im Berichtszeitraum erfreulicherweise „Altlasten“ ausgeglichen werden konnten. Von Seiten der Revision wurde die ordnungsgemäße Kassenführung ohne Einschränkungen bestätigt.

Daraufhin entlasteten die Mitglieder den Vorstand einstimmig.

Neuwahlen

In geheimer Wahl wurden anschließend die nachstehenden Funktionen wie folgt besetzt:

- a) Vorsitzende: Brigitte Rohr
- b) Stellvertretende Vorsitzende: Franziska Herberger, Dr. Andreas Richter

- c) Kassenwart: Robert Thaler
 - d) Schriftführer: Thomas Klosner.
 - e) Revisoren (gehören nicht dem Vorstand an): Günter Laurer, Erich Opel
- Die Abstimmung verlief in allen Fällen einstimmig; als Distriktsvertreter im Kreisvorstand wurden Brigitte Rohr und Gunnar Bauer nominiert.

Gerne begrüßen wir neu in unserer Runde die Genossin Franziska Herberger und sind recht froh, dass sie uns zukünftig – trotz mancherlei anderweitiger Verpflichtungen innerhalb und außerhalb der Partei – tatkräftig unterstützen wird!

Sonstiges

Mit Blick auf die anstehenden Bürgerentscheide am 7. Mai wurden die Verteilung der diesbezüglichen Flyer in unserem Verantwortungsbereich organisiert und die betreffenden Aufgaben verteilt.

Thomas Klosner (Protokollführer)

■ **Distrikt Tennenlohe**

Vorsitzender:

Rolf Schowalter

Telefon: 601924

rolfschowalter@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 20. Juni, 19 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:

- 1) Aktuelles
- 2) Ergebnisse der Verhandlungen mit Grundstücksbesitzern
- 3) Vorbereitung der Ortsbeiratssitzung.
- 4) Themensammlung für Tennenloher Bote
- 5) Aktionen in Vorbereitung der Bundestagswahl
- 6) Verschiedenes

Weitere Ankündigungen:

Distriktversammlung am 11. Juli.

Für den Vorstand

Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktsversammlung am 9. Mai

Allgemeines

Der Distrikt diskutiert das Wahlergebnis in Frankreich. Der deutliche Gewinn von Macron wird allgemein begrüßt, nun muss er sich als erfolgreicher Politiker erweisen, sonst ist zu befürchten, dass Le Pen in Zukunft doch noch die Mehrheit in Frankreich erreichen wird – mit unübersehbaren Folgen für Europa und das deutsch-französische Verhältnis.

Das Ergebnis der Abstimmung zur Verfassungsänderung in der Türkei und die dadurch befürchtete weitere Konzentration der Macht auf Erdogan wird zu einem weiteren Auseinanderdriften der Türkei und Europa führen. Sollte in der Türkei die Todesstrafe eingeführt werden, muss das nach mehrheitlicher Meinung des Distrikts zu einem umgehenden Abbruch der Beitrittsverhandlungen führen.

Diskussion zu den Bürgerentscheiden

Die Wahlbeteiligung, die bei früheren Wahlen und Abstimmungen in Tennenlohe traditionell sehr hoch war, lag bei der Abstimmung zu den Bürgerentscheiden zur Erbasiedlung und zur LGS

mit 42,3 Prozent (9. Position von 58: Tennenlohe Nordwest; bei Einbeziehung der Briefwähler 49,68 Prozent;) und 37 Prozent (19. Position Tennenlohe Südost; bei Einbeziehung der Briefwähler 45,19) nur im oberen Mittelfeld. Dem Abriss der Häuser neben der historischen Erba-Siedlung und somit der Förderung des sozialen Wohnungsbaues wurde von zwei Dritteln der Wählern zugestimmt (NW: 67,7 Prozent, SO: 65,8 Prozent, d.h. 9. bzw. 11. Position von 58). Hier war die Zustimmung zum Abriss deutlich über Stadtdurchschnitt von 59,0 Prozent. Mit rund zwei Dritteln der Stimmen wurde aber auch die Landesgartenschau abgelehnt, wobei die Zustimmung zur Ablehnung ca. 3 Prozent unter Stadtdurchschnitt war (Position 36 bzw. 37 von 58). Das Engagement des Distrikts für die Bürgerentscheide war bemerkbar, auch wenn es nicht möglich war, die übliche hohe Wahlbeteiligung und eine mehrheitliche Zustimmung zur LGS zu erreichen. Als wesentlich wichtiger im Sinne der SPD wurde die hohe Zustimmung zum sozialen Wohnungsbau gesehen.

Erstaunlich aus unserer Sicht: Mehrheit für Ablehnung des Abrisses der ERBA-Häuser in Bruck-Südost und Bruck-Südwest. Hohe Wahlbeteiligung in Eltersdorf-Süd (höher als in Tennenlohe-NW) Sehr hohe Ablehnung des LGS in Eltersdorf-Nord (80,5 Prozent), Eltersdorf-Süd (78,0 Prozent) und Bruck-Südost (75,1 Prozent), d.h. in unserer unmittelbaren Umgebung, gegenüber unseren Werten (66,9 und 66,7).

Diskussion zu einem Lärmschutzwall

Nach der aktuellen Planung der Bundesautobahndirektion ist im Westen Tennenlohes kein Lärmschutzwall vorgesehen, da weder die gemessene Lärmbelastung noch die gesetzlichen Regelungen die Errichtung einer Lärmschutzwand erfordert. Der auf dem Autobahnabschnitt versprochene Flüsterasphalt wird als nicht ausreichend angesehen. Innenminister Joachim Herrmann hat in verschiedenen Gesprächen versprochen, die Errichtung eines Lärmschutzwalls zu unterstützen, wenn die dazu benötigten Grundstücke verfügbar sind. Rolf Schowalter hat die Grundstückseigner entlang der Autobahn informiert und wird mit ihnen demnächst ins Gespräch kommen.

Diskussion zum Zustand der SPD und Ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz
Als Vorbereitung zur Bundestagswahl

muss die SPD ihr Profil schärfen und ein gutes Wahlprogramm mit unter anderem folgenden Punkten ausarbeiten:

- Mehr Investitionen in öffentliche Bereiche
- Erhöhung des Mindestlohns
- Gleicher Lohn für Frauen und Männer
- Reduzierung und Kontrolle von Leiharbeiterverträge
- Reduzierung und Einschränkung von befristeten Verträgen
- Sozialer Wohnungsbau und Mietpreisbremse
- Weiterentwicklung der EU im Sinne der Intensivierung der Zusammenarbeit für die daran Interessierten (Das wäre eigentlich das Spezialgebiet von Martin Schulz).

Hans Hauer



Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:

- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Beratungstermine

.....

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

.....

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

.....

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

.....

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

.....

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

Wir bieten

- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

■ **Distrikt West**

Vorsitzender:

Gerd Peters

Telefon: 44366

gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Leute,
wir möchten Euch herzlich einladen zu
unserem Juni-Treffen. Wir treffen uns
am

**Dienstag, 20. Juni, 20 Uhr,
Gasthaus „Zur Einkehr“
(Güthlein)**

Tagesordnung:

1. „Büchenbach in 10 Jahren“ Josef
Weber, Referent für Stadtplanung,
kommt zu uns und informiert und
diskutiert mit uns
2. Berichte aus Kreisvorstand, Fraktion
und Ortsbeirat
3. Verschiedenes

Das kann ein sehr interessanter Abend
werden! Bisher wissen wir hierüber ten-

denziell sehr wenig.

Im Auftrag des Vorstandes

Gerd Peters

P. S.: Bei unserem Mai-Treffen fanden
sich 11 Genossinnen und Genossen ein
(Mehrheit von Frauen). Es ergab sich
eine breite und teilweise kritische Dis-
kussion über die Ergebnisse der beiden
Bürgerentscheide Anfang Mai. Es ist
beeindruckend, wenn man die hohe Be-
teiligung der Bürgerinnen und Bürger
betrachtet. Die Abstimmer haben sich
differenziert verhalten. Hier die große
Zustimmung hinsichtlich der Schaffung
neuer bezahlbarer Wohnungen, dort die
skeptische Einschätzung der angedach-
ten Landesgartenschau. Hier sah man
viele Unklarheiten mit der Folge der Ab-
lehnung.

■ **AG 60plus**

Vorsitzender:

Hartmut Wiechert

Telefon: 991232

Hartmut.Wiechert@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
im Juni und Juli stehen zahlreiche
60plus-Termine an:

**SPD 60plus geht auf den Berg ins
Schächtner's Zelt**

7. Juni ab 12 Uhr

Wir besuchen den Seniorennachmittag
auf dem „Berg“. Offizieller Beginn ist 14
Uhr. Bei traditioneller Musik wird ein
bunter Nachmittag mit Tanzeinlagen
der Brucker Gaßhenker durch den Seni-
orenbeirat der Stadt Erlangen gestaltet.
Gegen 15 Uhr wird Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik die Veranstaltung offi-
ziell eröffnen.

**60plus besucht die Wohngemeinschaft
Vergissmichnicht in Möhrendorf**

13. Juni, 14 Uhr

Der Verein Wohngemeinschaft Vergiss-
michnicht e.V. ist eine gemeinnützige
Organisation, die 2014 in Erlangen ge-
gründet wurde, mit dem Ziel, demen-
zkrankte Menschen aus ihrer Isolation
herauszuführen und ihnen ein selbstbe-
stimmtes Leben zu ermöglichen. In den
zwei Wohngemeinschaften für demen-
tiell erkrankte Menschen finden fortan
jeweils zwölf Menschen ein Zuhause

**Besuch des Doku-Zentrums Nürnberg,
Thema „Faszination und Gewalt“**

**2. Juli, Abfahrt 10 Uhr, August-Bebel-
Haus**

Die Dauerausstellung des Dokumenta-
tionszentrums informiert die Besucher

über die Ursachen, Zusammenhänge
und Folgen der nationalsozialistischen
Gewaltherrschaft. Dabei stehen The-
men mit konkretem Ortsbezug zum
ehemaligen Reichsparteitagsgelände
im Zentrum der 19 Ausstellungsberei-
che. Nach einer Einführung informiert
ein einstündiger punktueller Rundgang
durch die Ausstellung die Teilnehmen-
den über das Reichsparteitagsgelände
sowie über Geschichte und Ablauf der
Reichsparteitage in Nürnberg.

**Wanderung zu einem Bierkeller im
Raum Adelsdorf**

20. Juli, 14 Uhr

Details im nächsten Monatsspiegel

Unser nächstes Treffen wird am 12. Juli
um 19 Uhr im August-Bebel-Haus statt-
finden.

Wir freuen uns auf rege Beteiligung!

Im Namen des Vorstands

Hartmut Wiechert

**Protokoll der Mitglieder-
versammlung vom 10. Mai**

**1. Begrüßung und Genehmigung der Ta-
gesordnung**

Begrüßung durch den Vorsitzender der
AG 60 plus Hartmut Wiechert

2. Aktuelles

- Diskussion über die beiden Bürgerverscheide zum Thema Abriss der maroden Häuser in der ERBA-Siedlung und zur geplanten Landesgartenschau.
- Diskussion über den Ausgang der Wahlen in Schleswig-Holstein.
- Diskussion zum Ausgang der Wahlen in Frankreich.

3. Bericht über die AG 60plus des UB Erlangen und KV am 22. April

Protokoll zur gemeinsamen Sitzung von AG 60plus UB Erlangen und KV Erlangen-Höchststadt liegt vor und wird gegebenenfalls im Monatsspiegel veröffentlicht.

4. Arbeitsprogramm AG 60plus für Mai/Juni 2017

- Wir werden am 18. Mai gegen 14 Uhr die von der Arbeiterwohlfahrt betriebene Demenz-Wohngemeinschaft in Möhrendorf, Erlanger Str. 48 besichtigen (Termin verschoben auf den 13. Juni, 14 Uhr)
- Die Nachlese zu den Filmnachmittagen fiel enttäuschend aus. Die Termine waren wahrscheinlich ungünstig, oder es waren die verkehrten Themen. In dieser Form wird es wohl nicht weitergehen können.
- Wir treffen uns auf dem Berg am Mittwoch, 7. Juni ab 12 Uhr in Schächtner's Zelt, offizieller Beginn ist 14 Uhr.
- Besuch des Doku-Zentrums Nürnberg, Thema „Faszination und Gewalt“: Termin Sonntag 2. Juli, Abfahrt 10 Uhr August-Bebel-Haus
- Ein Treffen mit den Genossen und Freunden aus Jena ist für September 2017 geplant. Wir werden unter anderem das GWE besichtigen

5. Verschiedenes

Ein immer wiederkehrendes Thema ist das Fehlen bezahlbarer Wohnungen in Erlangen, und damit auch die ärgerliche zweijährige Mieterhöhung auch bei den Baugenossenschaften. Das sollte im kommenden Wahlkampf ein erstes Thema werden, denn das brennt den Menschen nun wirklich unter den Nägeln.

Zum Kandidaten für den Kreisvorstand wurden paritätisch Hartmut Wiechert und Silke Zieten benannt.

Protokoll der Sitzung des Unterbezirks am 22. April

1. Festlegung der Tagesordnung

Der Punkt 5 wird ergänzt und in 2 Unterpunkte aufgeteilt; Top 5.1 Festlegung der Ziele von 60plus, Top 5.2 Jahresplanung 2017. Mit dieser Ergänzung wird die Tagesordnung angenommen.

2. Genehmigung der Protokolle der JHV des UB und des KV ERH am 8. März

Es gab keine Einwände, die Protokolle wurden genehmigt

3. Berichte aus dem Kreisverband ER

- Hartmut teilt mit, dass am 24.04. der nächste Kinonachmittag im IG-Metall-Saal in Erlangen stattfindet. Wegen Terminüberschneidungen ist der Beginn um 14 Uhr und nicht wie angekündigt um 15 Uhr.
- Helmut Aichele berichtet vom zweiten Treffen mit den Jusos Anfang April. Die Jusos wollten Anträge zum Wahlprogramm der SPD bis Anfang Mai erarbeiten. Die Jusos und 60plus wollen diese dann in die Kreisversammlung von ER einbringen, damit sie an die Bundes SPD weitergeleitet werden. Ein Antrag soll sich gegen die Erhöhung des Wehretats aussprechen.

4. Bericht von der Landes- und Bezirkskonferenz der AG 60plus

An der Landeskonferenz haben vom UB Uli Wasielewski und Jörg Bubel teilgenommen. Der Landesvorstand wurde neu gewählt. Neuer Landesvorsitzender von 60plus ist Bertram Hacker aus München. Harald Unfried von der AfA hielt einen engagierten Vortrag zur Rentenpolitik. Wichtig ist eine Kehrtwende weg von der Fixierung auf Beitragsstabilität hin zur Sicherung einer auskömmlichen Rente. Die gesetzliche Rente muss das Leben im Alter ermöglichen.

An der Bezirkskonferenz haben wir mit vier Delegierten teilgenommen: Hartmut Wiechert, Bernd Köslich, Uli Wasielewski und Jörg Bubel. Der neue Landesvorsitzende Bertram Hacker hat sich mit einer engagierten Rede vorgestellt. Vier Anträge wurden beraten und verabschiedet:

- Paritätische Finanzierung der Sozialversicherung
- Förderung der Genossenschaftsidee, insbesondere bei Insolvenzen
- Marktwirtschaft für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

- Kostenlose Nutzung des ÖPNV nach freiwilliger Rückgabe des Führerscheins.

Am Nachmittag stellte ein Vertreter des DGB das Rentenkonzept der Gewerkschaften vor.

5.1 Festlegung der Ziele des UB ER der AG 60plus

Es wurde ausführlich über die Aufgaben und Ziele diskutiert. Der UB stellt sich für seine Arbeit in den Wahljahren 2017 und 2018 drei grundsätzliche Ziele:

- Aufnahme von Punkten in die Wahlprogramme der Bundestags- und Landtagswahl, aktive Einflußnahme.
- Die AG 60plus steht für ein Miteinander in der Partei mit den Jusos, den Arbeitnehmer, den Frauen und Anderen. Die AG 60plus ist keine Lobby-Organisation. Es dürfen keine Interessen und Bedürfnisse der verschiedensten Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen unsere Erfahrungen in die Diskussion der Partei einbringen. Wir erheben aber auch den Anspruch gehört und beachtet zu werden.
- Die AG 60plus will den älteren Mitgliedern eine Gemeinschaft zum geselligen und politischen Austausch bieten.

5.2 Jahresplanung 2017

Es wurde vereinbart, zwei bis drei

Schwerpunktthemen gründlich zu bearbeiten. Das ist besser als eine Vielzahl von Themen anzugehen. Genannt wurden:

- Rentenpolitik
 - Friedenspolitik
 - Sozial gerechte Sparkassengebühren
- Bei der Renten- und Friedenspolitik wollen wir gemeinsam mit den Jusos Einfluss auf das Wahlprogramm der SPD nehmen, siehe auch Top 3.

Die Sparkassengebühren werden auf der nächsten Sitzung behandelt. Jörg macht dazu eine Aufstellung der aktuellen Gebührenmodelle.

Die nächste Sitzung findet am 1. Juli um 15 Uhr im August-Bebel-Haus in Erlangen statt.

Drei Terminvorschläge wurden für den Besuch der Demenzwohngruppe in Möhrendorf festgelegt. (16./18./23. Mai) Welcher Termin in Frage kommt, stimmt Jörg mit der AWO ab.

Die vorgesehene Wanderung zu einem Bierkeller findet am 20. Juli im Raum Adelsdorf statt.

6. Termine, sonstiges

Der Rechenschaftsbericht von der JHV von 60plus geht auch als Bericht an den UB-Parteitag am 28. April.

Protokollführer: Jörg Bubel

■ **AsF**

Sprecherinnen:

- Franziska Herberger
- Katrin Hurle
- Franziska Madlo-Thiess
- Grit Nickel

Liebe Frauen,
Die Erlanger AsF trifft sich am

Mittwoch, 14. Juni, 18 Uhr, August-Bebel-Haus

Bei diesem Treffen wollen wir besprechen, wie die AsF wieder stärker aktiviert werden kann und welche Aktionen wir uns für die Zukunft vornehmen wol-

len.

Außerdem wollen wir unsere Vertreterinnen für den Kreisvorstand der Erlanger SPD benennen.

Alle interessierten Frauen sind zu diesem Treffen herzlich eingeladen! Wir freuen uns auch sehr über neue Frauen, die sich bei der AsF engagieren wollen.

Gunda Gerstenmeyer

■ **Jusos**

Vorsitzender:

Munib Agha
Telefon: 9731163
Mobil: 0160-3581886
munib_gha@hotmail.com

Liebe Jusos,
unsere nächsten Sitzungen finden an folgenden Terminen statt:

- Dienstag, 20. Juni: Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung
- Dienstag, 4. Juli: Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Wir treffen uns dazu jeweils um 19:30 Uhr im August-Bebel-Haus (Ein-

gang zum Sitzungszimmer unten am Parkplatz).

Am Dienstag, den 6. Juni gehen wir außerdem gemeinsam zur Bergkirchweih. Treffpunkt ist um 18 Uhr bei der Eisdiele Venezia (Bayreuther Straße 29).

Rote Grüße
Munib